

## Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 07.02.2023,  
im Kreishaus Borken, Kreisausschuss-Sitzungssaal (Raum 2181)

Beginn: 17:05 Uhr  
Ende: 18:46 Uhr

### Anwesend:

### Vorsitz:

Annette Brun Heiden

### Mitglieder:

Maja Becker	Borken	
Jannick Behrens	Bocholt	
Michael Boland	Bocholt	
Barbara Büscher	Stadtlohn	
Hildegard Höltermann	Vreden	
Gundula Homann	Reken	
Sergej Kernebeck	Gronau	
Daniela Kersting	Legden	
Marc Kordel	Borken	
Dominique Niemeyer	Borken	
Heinz-Josef Ostendorf	Vreden	Vertretung für Herrn Franz Küstner-Rensing
Theo Sanders	Bocholt	Vertretung für Frau Christel Wegmann
Mechthild Schulze Schwering	Velen	
Gerti Tanjsek	Bocholt	
Jens Terbeck	Bocholt	
Katharina Terhan	Gronau	
Heike Wissing	Vreden	

### beratende Mitglieder:

Jennifer Dalhaus		
Dr. Thorsten Jacobi		
André Ludwig	Bocholt	
Silke Nürnberg		
Matthias Schlettert		
Horst te Wilde		Vertretung für Frau Martina Terfurth

### Vertreter/innen der Verwaltung:

Elisabeth Büning		
Nina Dittberner		
Dr. Ansgar Hörster	Kreisdirektor	
Vanessa Thesing		

**Es fehlen entschuldigt:**

Franz Küstner-Rensing	Gronau
Martina Terfurth	
Christel Wegmann	Rhede

**Erledigung der Tagesordnung:**

Vorsitzende Brun eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Sie stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

**A. Öffentlicher Teil****Punkt 1: Bestellung einer Schriftführerin  
Vorlage: 0267/2022/KREIS**

---

Vanessa Thesing wird zur Schriftführerin für den Ausschuss für Bildung und Schule bestellt.

**Punkt 2: Beratung des Haushaltsentwurfes 2023 - Budget 05 (Produkte 05.01.01 bis 05.04.01 und 05.07.01 bis 05.07.02)  
Vorlage: 0010/2023/KREIS**

---

Vorsitzende Brun berichtet, dass es zu diesem Tagesordnungspunkt einige kurzfristige Anträge gebe, die im Anschluss an die Sachdarstellung thematisiert werden. Zur Einführung in den Haushalt übergibt sie das Wort an Frau Büning.

Fachbereichsleiterin Büning erläutert anhand der als Anlage 1 vorab mitversandten Präsentation die inhaltlichen Herausforderungen und die damit verbundenen haushalterischen Auswirkungen. Zusammenfassend sei zu sagen, dass der Haushaltsentwurf sehr ähnlich dem des letzten Jahres sei.

Herr Ludwig möchte wissen, worin sich die Kosten in Höhe von 3 Millionen für den Schüler-spezialverkehr begründen und bittet um Nennung der beauftragten Unternehmen. Bezugnehmend erläutert Frau Büning, dass die Ausschreibungen hierzu europaweit und die Vergabe durch den Kreisausschuss erfolge. Als Kostenpunkte seien die unterschiedlichen Stundentafeln der Jahrgangsstufen und die teilweise notwendigen Begleitpersonen zu berücksichtigen.

Anmerkung der Verwaltung

Nachfolgend eine Übersicht der Firmen, die aktuell den Schülerspezialverkehr durchführen:

Schule	Anzahl Fahr- schüler	Beauftragte Unternehmer
Brüder-Grimm-Schule	178 Fahrschüler	Dankbar GmbH, Heiden Fragemann Reisekutsche, Velen Schülerbeförderung Steinfurt, Ch. Geuking, Steinfurt
Overbergschule Bocholt/Ahaus	119 Fahrschüler	Dankbar GmbH, Heiden Fragemann Reisekutsche, Velen Levelink Fahrdienst, Meppen
Hans-Christian- Andersen-Schule	120 Fahrschüler	Dankbar GmbH, Heiden Fahrdienst Beßler, Ahaus Wiltling-Omnibusse, Rhede
Neumühlenschule Borken	156 Fahrschüler	Dankbar GmbH, Heiden Fragemann Reisekutsche, Velen

Auf Nachfrage von Frau Homann zum geplanten 29 Euro-Tickets macht Herr Dr. Hörster deutlich, dass es hinsichtlich der Einführung täglich neue Informationen gebe und deren fristgerechte Verarbeitung für alle Beteiligten eine Herausforderung darstelle.

Vorsitzende Brun stellt fest, dass keine weiteren Nachfragen bestehen und geht zu den Anträgen über. An dieser Stelle bittet Sie um frühzeitigere Übersendung, da es ansonsten für die Mitglieder des Ausschusses als auch die Verwaltung sehr schwierig sei, sich angemessen mit den Anträgen zu beschäftigen.

Vor Beschlussfassung über den Entwurf des Kreishaushaltes 2023 wird über die **Anträge zu den Beratungen des Haushaltes 2023** beschieden.

### 1) Antrag 05-01 der Fraktion B90/ Die Grünen zur Einführung des Jugend-Kreistags

Frau Wissing führt aus, dass die CDU zunächst die ersten drei Anträge zusammengekommen betrachten möchte, da sich die drei Anträge thematisch gleichermaßen mit dem hohen Gut der Demokratie beschäftigen. Frau Wissing schlägt vor, dass die Anträge 05-01 bis 05-03 bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses zurückgestellt werden. Die Verwaltung solle damit beauftragt werden, konkrete Vorschläge auszuarbeiten. Gleichzeitig regt sie an, das Themenfeld in der nächsten Bildungskonferenz aufzugreifen.

Frau Becker gibt darauf hin zu Protokoll, dass die Anträge seitens der Fraktion B90/ Die Grünen und der Fraktion SPD zurückgestellt werden können und dem Vorschlag von Frau Wissing von den Antragstellern zugestimmt werde.

Kreisdirektor Dr. Hörster sichert zu, konkrete Vorschläge zu erarbeiten. Hierbei sollen die vorhandenen Strukturen im Kreis Borken als auch die eingereichten Vorschläge berücksichtigt werden. Die konkreten Vorschläge seien eine gute Basis, jedoch benötige die Verwaltung dennoch eine Offenheit zu neuen Vorschlägen, erläutert Fachbereichsleitung Büning.

Zunächst stellt Vorsitzende Brun klar, dass die Anträge 05-01 bis 05-03 zurückgestellt werden.

**Beschluss: Anträge 05-01 bis 05-03 werden zurückgestellt.**

Der Antrag 05-01 zur Einführung eines Jugendkreistages, Antrag 05-02 zur Ausbildung von Demokratieberater\*innen als auch der Antrag 05-03 zum Demokratiepreis für den Kreis Borken von der Fraktion B90/ Die Grünen bzw. von den Fraktionen B90/ Die Grünen und SPD werden bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung zurückgestellt.

Herr Terbeck erhebt den Einspruch, dass eine Abstimmung über den Verfahrensvorschlag von Frau Wissing nach der Geschäftsordnung nicht nötig sei.

Vorsitzende Brun stellt klar, dass über diesen Vorschlag als Vorschlag im Sinne des gesamten Ausschusses für Bildung und Schule abzustimmen sei. So bittet sie um Abstimmung über den Vorschlag, die Verwaltung mit der Erarbeitung konkreter Vorschläge zu beauftragen:

**Beschluss: einstimmig beschlossen**

Die Verwaltung wird beauftragt bis zur nächsten Ausschusssitzung konkrete Vorschläge zur Stärkung der Demokratie im Kreis Borken zu erarbeiten.

## **2) Antrag 05-04 der Fraktion UWG/ Stadtpartei zur Regionalen Schulberatung**

Herr Terbeck erläutert, dass das Schulsystem aktuell stark insbesondere unter dem Lehrermangel leide. Mit Schaffung einer weiteren Stelle einer Schulpsychologin/ eines Schulpsychologen in der Schulberatung könne man systemische Beratung sicherstellen, so Herr Terbeck.

Frau Wissing erklärt, dass die Fraktion CDU dem Antrag grundsätzlich zustimme. Sie gibt zu bedenken, dass die Notwendigkeit und Finanzierung zunächst geklärt werden müsse. Sie schlägt vor, die Verwaltung mit Prüfung der Möglichkeiten einer weiteren Landesstelle in der Schulberatung zu beauftragen. So solle ermittelt werden, ob die Inanspruchnahme weiterer Landesbeamten möglich ist und aufgrund dessen sodann eine weitere Entscheidung gefunden werden.

Kreisdirektor Dr. Hörster hebt hervor, dass aktuell das Verhältnis von kommunalen Stellen zu Landesstellen in der Schulberatung im Kreis Borken bereits höher sei als in den Nachbarkreisen. Daher sei es sinnvoll, im ersten Schritt bis zur nächsten Ausschusssitzung zu prüfen, ob von der Bezirksregierung weitere Landesstellen gemäß der Schülerquote zur Verfügung gestellt werden können, so Herr Dr. Hörster.

Auf Nachfrage von Frau Kersting legt Frau Büning dar, dass es beispielsweise im Kreis Coesfeld 4 Landesstellen und 1,5 kommunale Stellen gebe, während im Kreis Borken von 8,5 Stellen insgesamt, 3 Stellen kommunal finanziert seien. Sie fügt ferner hinzu, dass aktuell die Anzahl der Beratungen steigt, jedoch keine Warteliste bestehe. Ein weiterer Bedarf sei bisher nicht an den Fachbereich 40 herangetragen worden, so Frau Büning.

Frau Becker ergänzt, dass es sinnvoll sei, weitere Stellen bei der Bezirksregierung anzufragen, um das Verhältnis der Landes- und Kommunalstellen beibehalten zu können. Bei einer weiteren kommunalen Stelle würde das Missverhältnis weiter steigen, ergänzt Frau Wissing. Frau Tanjsek unterstreicht ebenfalls, dass die Einrichtung einer neuen Stelle sinnvoll sei, eine mögliche weitere Landesstelle jedoch zuvor zu prüfen sei.

Vorsitzende Brun ergänzt, dass eine vorangestellte Prüfung möglicher Landesstellen auch mit Blick auf die wirtschaftliche Verwaltung der Steuergelder sinnvoll sei und bittet anschließend um Abstimmung über die beiden vorliegenden Anträge.

Aufgrund eines Einwandes von Herrn Terbeck wird zunächst über den Antrag der Fraktion UWG/ Stadtpartei abgestimmt:

**Beschluss:                    Antrag abgelehnt**

8 JA-Stimmen  
10 NEIN-Stimmen  
0 Enthaltungen

Die Schulberatung wird nicht um eine Vollzeitstelle für eine Schulpsychologin/ einen Schulpsychologen personell gestärkt.

Anschließend wird über den Antrag, die Verwaltung mit der Prüfung möglicher weiterer Landesstellen in der Schulberatung zu beauftragen abgestimmt:

**Beschluss:                    einstimmig beschlossen**

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob im Bereich der Schulberatung weitere Landesstellen von der Bezirksregierung in Anspruch genommen werden können.

Vorsitzende Brun berichtet, dass es zu diesem Tagesordnungspunkt einige kurzfristige Anträge gebe, die im Anschluss an die Sachdarstellung thematisiert werden. Zur Einführung in den Haushalt übergibt sie das Wort an Frau Büning.

Fachbereichsleiterin Büning erläutert anhand der als Anlage 1 vorab mitversandten Präsentation die inhaltlichen Herausforderungen und die damit verbundenen haushalterischen Auswirkungen. Zusammenfassend sei zu sagen, dass der Haushaltsentwurf sehr ähnlich dem des letzten Jahres sei.

Herr Ludwig möchte wissen, worin sich die Kosten in Höhe von 3 Millionen für den Schüler-spezialverkehr begründen und bittet um Nennung der beauftragten Unternehmen. Bezugnehmend erläutert Frau Büning, dass die Ausschreibungen hierzu europaweit und die Vergabe durch den Kreisausschuss erfolge. Als Kostenpunkte seien die unterschiedlichen Stundentafeln der Jahrgangsstufen und die teilweise notwendigen Begleitpersonen zu berücksichtigen.

Anmerkung der Verwaltung

Nachfolgend eine Übersicht der Firmen, die aktuell den Schülerspezialverkehr durchführen:

Schule	Anzahl Fahr- schüler	Beauftragte Unternehmer
Brüder-Grimm-Schule	178 Fahrschüler	Dankbar GmbH, Heiden Fragemann Reisekutsche, Velen Schülerbeförderung Steinfurt, Ch. Geuking, Steinfurt
Overbergschule Bocholt/Ahaus	119 Fahrschüler	Dankbar GmbH, Heiden Fragemann Reisekutsche, Velen Levelink Fahrdienst, Meppen
Hans-Christian-Andersen-Schule	120 Fahrschüler	Dankbar GmbH, Heiden Fahrdienst Beßler, Ahaus Wiltling-Omnibusse, Rhede
Neumühlenschule Borken	156 Fahrschüler	Dankbar GmbH, Heiden Fragemann Reisekutsche, Velen

Auf Nachfrage von Frau Homann zum geplanten 29 Euro-Tickets macht Herr Dr. Hörster deutlich, dass es hinsichtlich der Einführung täglich neue Informationen gebe und deren fristgerechte Verarbeitung für alle Beteiligten eine Herausforderung darstelle.

Vorsitzende Brun stellt fest, dass keine weiteren Nachfragen bestehen und geht zu den Anträgen über. An dieser Stelle bittet Sie um frühzeitigere Übersendung, da es ansonsten für die Mitglieder des Ausschusses als auch die Verwaltung sehr schwierig sei, sich angemessen mit den Anträgen zu beschäftigen.

Vor Beschlussfassung über den Entwurf des Kreishaushaltes 2023 wird über die **Anträge zu den Beratungen des Haushaltes 2023** beschieden.

### 1) Antrag 05-01 der Fraktion B90/ Die Grünen zur Einführung des Jugend-Kreistags

Frau Wissing führt aus, dass die CDU zunächst die ersten drei Anträge zusammengefasst betrachten möchte, da sich die drei Anträge thematisch gleichermaßen mit dem hohen Gut der Demokratie beschäftigen. Frau Wissing schlägt vor, dass die Anträge 05-01 bis 05-03 bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses zurückgestellt werden. Die Verwaltung solle damit beauftragt werden, konkrete Vorschläge auszuarbeiten. Gleichzeitig regt sie an, das Themenfeld in der nächsten Bildungskonferenz aufzugreifen.

Frau Becker gibt darauf hin zu Protokoll, dass die Anträge seitens der Fraktion B90/ Die Grünen und der Fraktion SPD zurückgestellt werden können und dem Vorschlag von Frau Wissing von den Antragstellern zugestimmt werde.

Kreisdirektor Dr. Hörster sichert zu, konkrete Vorschläge zu erarbeiten. Hierbei sollen die vorhandenen Strukturen im Kreis Borken als auch die eingereichten Vorschläge berücksichtigt werden. Die konkreten Vorschläge seien eine gute Basis, jedoch benötige die Verwaltung dennoch eine Offenheit zu neuen Vorschlägen, erläutert Fachbereichsleitung Büning.

Zunächst stellt Vorsitzende Brun klar, dass die Anträge 05-01 bis 05-03 zurückgestellt werden.

**Beschluss: Anträge 05-01 bis 05-03 werden zurückgestellt.**

Der Antrag 05-01 zur Einführung eines Jugendkreistages, Antrag 05-02 zur Ausbildung von Demokratieberater\*innen als auch der Antrag 05-03 zum Demokratiepreis für den Kreis Borken von der Fraktion B90/ Die Grünen bzw. von den Fraktionen B90/ Die Grünen und SPD werden bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung zurückgestellt.

Herr Terbeck erhebt den Einspruch, dass eine Abstimmung über den Verfahrensvorschlag von Frau Wissing nach der Geschäftsordnung nicht nötig sei.

Vorsitzende Brun stellt klar, dass über diesen Vorschlag als Vorschlag im Sinne des gesamten Ausschusses für Bildung und Schule abzustimmen sei. So bittet sie um Abstimmung über den Vorschlag, die Verwaltung mit der Erarbeitung konkreter Vorschläge zu beauftragen:

**Beschluss: einstimmig beschlossen**

Die Verwaltung wird beauftragt bis zur nächsten Ausschusssitzung konkrete Vorschläge zur Stärkung der Demokratie im Kreis Borken zu erarbeiten.

## **2) Antrag 05-04 der Fraktion UWG/ Stadtpartei zur Regionalen Schulberatung**

Herr Terbeck erläutert, dass das Schulsystem aktuell stark insbesondere unter dem Lehrermangel leide. Mit Schaffung einer weiteren Stelle einer Schulpsychologin/ eines Schulpsychologen in der Schulberatung könne man systemische Beratung sicherstellen, so Herr Terbeck.

Frau Wissing erklärt, dass die Fraktion CDU dem Antrag grundsätzlich zustimme. Sie gibt zu bedenken, dass die Notwendigkeit und Finanzierung zunächst geklärt werden müsse. Sie schlägt vor, die Verwaltung mit Prüfung der Möglichkeiten einer weiteren Landesstelle in der Schulberatung zu beauftragen. So solle ermittelt werden, ob die Inanspruchnahme weiterer Landesbeamten möglich ist und aufgrund dessen sodann eine weitere Entscheidung gefunden werden.

Kreisdirektor Dr. Hörster hebt hervor, dass aktuell das Verhältnis von kommunalen Stellen zu Landesstellen in der Schulberatung im Kreis Borken bereits höher sei als in den Nachbarkreisen. Daher sei es sinnvoll, im ersten Schritt bis zur nächsten Ausschusssitzung zu prüfen, ob von der Bezirksregierung weitere Landesstellen gemäß der Schülerquote zur Verfügung gestellt werden können, so Herr Dr. Hörster.

Auf Nachfrage von Frau Kersting legt Frau Büning dar, dass es beispielsweise im Kreis Coesfeld 4 Landesstellen und 1,5 kommunale Stellen gebe, während im Kreis Borken von 8,5 Stellen insgesamt, 3 Stellen kommunal finanziert seien. Sie fügt ferner hinzu, dass aktuell die Anzahl der Beratungen steigt, jedoch keine Warteliste bestehe. Ein weiterer Bedarf sei bisher nicht an den Fachbereich 40 herangetragen worden, so Frau Büning.

Frau Becker ergänzt, dass es sinnvoll sei, weitere Stellen bei der Bezirksregierung anzufragen, um das Verhältnis der Landes- und Kommunalstellen beibehalten zu können. Bei einer weiteren kommunalen Stelle würde das Missverhältnis weiter steigen, ergänzt Frau Wissing. Frau Tanjsek unterstreicht ebenfalls, dass die Einrichtung einer neuen Stelle sinnvoll sei, eine mögliche weitere Landesstelle jedoch zuvor zu prüfen sei.

Vorsitzende Brun ergänzt, dass eine vorangestellte Prüfung möglicher Landesstellen auch mit Blick auf die wirtschaftliche Verwaltung der Steuergelder sinnvoll sei und bittet anschließend um Abstimmung über die beiden vorliegenden Anträge.

Aufgrund eines Einwandes von Herrn Terbeck wird zunächst über den Antrag der Fraktion UWG/ Stadtpartei abgestimmt:

**Beschluss:**                    **Antrag abgelehnt**

8 JA-Stimmen  
10 NEIN-Stimmen  
0 Enthaltungen

Die Schulberatung wird nicht um eine Vollzeitstelle für eine Schulpsychologin/ einen Schulpsychologen personell gestärkt.

Anschließend wird über den Antrag, die Verwaltung mit der Prüfung möglicher weiterer Landesstellen in der Schulberatung zu beauftragen abgestimmt:

**Beschluss:**                    **einstimmig beschlossen**

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, ob im Bereich der Schulberatung weitere Landesstellen von der Bezirksregierung in Anspruch genommen werden können.

Anmerkung der Verwaltung:

*Ein entsprechendes Schreiben an die Bezirksregierung ist in der Zwischenzeit überreicht worden. Siehe hierzu Anlage.*

Sodann erfolgt die Abstimmung für den Entwurf des Kreishaushaltes 2023.

**Beschluss**                    **beschlossen**

17 JA-Stimmen  
1 NEIN-Stimmen  
0 Enthaltungen

Dem Entwurf des Kreishaushaltes 2023 - bezogen auf die Produkte 05.01.01 bis 05.04.01 und 05.07.01 bis 05.07.02 des Budgets 05 - Bildung, Schule, Kultur und Sport - wird zugestimmt.



**Punkt 3:        Förderschule Bischöfliche Stiftung Haus Hall - Finanzierung des Erweiterungsbaus**  
**Vorlage: 0412/2022/KREIS**

---

Keine Wortmeldungen.

**Beschluss:        einstimmig beschlossen**

1. Der Sachstand zur Finanzierung eines geplanten Erweiterungsbaus der Förderschule Haus Hall in Gescher wird zur Kenntnis genommen.
2. Der in der Sitzungsvorlage dargestellten Finanzierungsbeitrag wird - unter dem Vorbehalt, dass sich das Land entsprechend der in der Sachdarstellung beschriebenen Weise an der Finanzierung beteiligt - zugestimmt.

**Punkt 4:        Aktueller Stand der Integrationsarbeit und der Entwicklung der Flüchtlingszahlen unter Berücksichtigung der ukrainischen Flüchtlinge**  
**Vorlage: 0408/2022/KREIS**

---

Es handle sich um eine umfangreiche Vorlage, um Veränderungen in sämtlichen Bereichen darzustellen, führt Fachbereichsleitung Büning ein. Aus den regelmäßigen Austauschterminen sei insbesondere festzustellen, dass alle Kommunen mittlerweile um die Unterbringung der Migrantinnen und Migranten besorgt seien. Es müssten bereits erste Turnhallen genutzt werden, was auch eine große Herausforderung für die Schulen darstelle. Zu weiteren Details verweist sie an die Vorlage.

Herr Terbeck weist auf das Problem des Schulwechsels von ukrainischen Schülerinnen und Schülern hin. Dies sei besonders kritisch zu betrachten, da sie aus der zivilen Alltags- und Schulwelt entrissen werden, wo sie sich jüngst eingefunden hätten. Er richtet einen Appell an die Verwaltung und Schulen, die gesetzlichen Vorgaben großzügig zugunsten des Bedürfnis des Ankommens ausulegen.

Zum Hinweis von Herrn Terbeck führt Frau Büning aus, dass es sich bei dem angesprochenen Problem um ein Detail in der Beschulung von Zugewanderten handle. Schulleitungen und das Kommunale Integrationszentrum halten diese Herausforderungen im Blick, das System befinde sich allerdings bereits an der Belastungsgrenze, fügt Frau Büning an.

Der Bericht zum Stand der Integrationsarbeit und zur Entwicklung der Flüchtlingszahlen wird zur Kenntnis genommen.

Der Bericht zum Stand der Integrationsarbeit und zur Entwicklung der Flüchtlingszahlen wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 5:        Einrichtung des neuen Bildungsganges Staatlich geprüfte Assistentin/staatlich geprüfter Assistent für Ernährung und Versorgung, Schwerpunkt Service am Berufskolleg Bocholt-West**  
**Vorlage: 0003/2023/KREIS**

---

Ergänzend zur Vorlage führt Herr te Wilde aus, dass der Bildungsgang aufrechterhalten werden solle, da die geringe Anmeldezahl auf die eingeschränkten Informationsmöglichkeiten während der Pandemie zurückzuführen seien. Hier könne man mit mehr Werbung gegensteuern, so Herr te Wilde. Auf Nachfrage von Herrn Terbeck bestätigt Herr te Wilde, dass der gleiche Bildungsgang in Dorsten angeboten werde. Auf Frau Beckers Nachfrage, welche Einstiegsqualifikation benötigt werde, gibt Herr te Wilde den Hauptschulabschluss an.

Fachbereichsleitung Büning ergänzt die ehrliche Botschaft, dass der Bildungsgang ähnlich beliebt wie sei wie Vergleichbare im Bereich von Service und Küche. Mit Blick auf den Fachkräftemangel erscheine die Einrichtung sinnvoll, fügt sie zustimmend an.

**Beschluss: einstimmig beschlossen**

Vorbehaltlich der schulaufsichtlichen Genehmigung durch die Bezirksregierung Münster wird am Berufskolleg Bocholt-West ab dem Schuljahr 2022/2023 der Bildungsgang „Staatlich geprüfte Assistentin/staatliche geprüfter Assistent für Ernährung und Versorgung, Schwerpunkt Service“ nach Anlage B3 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung für Berufskollegs (APO-BK) eingerichtet.

**Punkt 6: Mitteilungen der Verwaltung**

---

Keine.

**Punkt 7: Anfragen**

---

Aufgrund des Tötungsdelikts an einer Lehrerin im vergangenen Monat in Ibbenbüren möchte Frau Tansjek wissen, welche Sicherheitsmaßnahmen, insbesondere hinsichtlich eines Amoklaufes, an den kreiseigenen Schulen bestehen. Aus eigener Erfahrung berichtet Frau Dahlhaus, dass jede Schule verpflichtet sei, einen Plan für jeden möglichen Notfall in unterschiedlichen Gefährdungslagen in Abstimmung mit der Polizei vorzuhalten. Durch regelmäßige Fortbildungen als auch mittels Lehrerkonferenzen werde das Thema laufend aktualisiert, so Frau Dahlhaus. Ergänzend hierzu führt Herr te Wilde an, dass Vorbereitung und Kommunikation wichtig sei, um ein Gefühl von Sicherheit zu vermitteln. Schließlich bestätigt Frau Büning auf weitere Nachfrage von Frau Tansjek, dass die kreiseigenen Schulen in der Regel mit zentralen Sprechanlagen ausgestattet seien.

Bezugnehmend auf die Anfrage von Herrn Kordel versichert Frau Büning, dass der Maßnahmenkatalog der Kultusministerkonferenz zur Deckung des Lehrkräftebedarfes berücksichtigt werde, für die konkrete Umsetzung jedoch die Landesbehörden zuständig seien

Vorsitzende Brun bedankt sich bei allen Anwesenden für die Teilnahme und schließt die Sitzung.



---

Annette Brun



---

Vanessa Thesing